



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, Inhaber der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Umsatzsteigerung durch Preiserhöhung

Mit unverändert breiter Brust präsentiert sich die deutsche Bauwirtschaft. Der Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) brachte die Lage so auf den Punkt: „Die Bauwirtschaft wird die Konjunktorentwicklung in Deutschland in diesem Jahr wesentlich stützen. Wir zeigen: Während die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch globale Unsicherheiten beeinträchtigt wird, ist auf die überwiegend mittelständisch geprägte Bauwirtschaft in Deutschland Verlass.“ Das Bauhauptgewerbe hat seine Umsätze in den ersten beiden Monaten um 8,1 % gesteigert. Die Schere zwischen Hoch- und Tiefbau klappt weit auseinander. Während der Bau von Gebäuden „nur“ um 4,1 % zugelegt hat, konnte sich der Tiefbau um 13,7 % verbessern. Stark geprägt wird die aktuelle Entwicklung durch Preiserhöhungen, die im Februar 2019 für Wohngebäude – gegenüber dem Vorjahresmonat – 4,8 % ausgemacht haben. Der Ausbau von Wohngebäuden zog um durchschnittlich 4,2 % an. Bei Heizanlagen und Warmwasseranlagen erhöhten sich die Preise um 4,0 %. Für die Instandhaltung meldet das Statistische Bundesamt einen Anstieg von 4,3 %. Diese Zahlen legen nahe, dass sich – unabhängig von den gestiegenen Kosten – die Rentabilität der Betriebe auf allen drei Vertriebsstufen deutlich verbessert hat.

Chancen und Herausforderungen

Laut Einschätzung der Bundesvereinigung Bauwirtschaft soll die Gebäudetechnik, die 2018 um 5 % gewachsen ist, im laufenden Jahr um 3,5 % auf 138 Mrd. Euro zulegen. Die Zahl der Beschäftigten soll leicht zurückgehen auf 1,634 Mio. Menschen. Dagegen geht die Hochbauprognose 2019 von EY-Parthenon nur von einem gemittelten Wachstum um 2,3 % aus. Der gewerbliche Wohnungsneubau soll danach um 4,4 % (Neubau 6%, Renovierung 1,5 %) steigen, der Sektor Ein- und Zweifamilienhäuser um 3 % (Neubau 1,2 %, Renovierung 3,6 %). Als leichte Bremsfaktoren wirken der Wirtschaftsbau (+1,9 %) und der öffentliche Bau (+2,2 %). Die Studie geht bis zum Jahr 2021 von einer weiterhin positiven Entwicklung mit allerdings schwächerem Wachstum aus. Die Strategieberater heben hervor, dass der Anstieg der Baupreise in den letzten Jahren die Inflationsrate um mehr als 2 % übertroffen hat. Die Kapazitätsauslastung habe im vierten Quartal 2018 die 80 %-Grenze überschritten und damit sogar den Wert im Bauboom nach der Wiedervereinigung übertroffen. Ein weiter zunehmendes Problem stelle der Fachkräftemangel im Baugewerbe dar. Allein 2017 sind etwa 15.500 Facharbeiter in den Ruhestand gegangen. Die Vakanzen nehmen weiter zu. So dauerte die Neubesetzung einer offenen Stelle im SHK-Handwerk durchschnittlich 183 Tage, 27 länger als im Vorjahr.

Höhere Produktivität durch Modularisierung und Digitalisierung

Das deutsche Baugewerbe zählt im europäischen Vergleich zur Spitzengruppe der produktivsten Nationen. Der Abstand zu den Produktivitätsführern Niederlande, Belgien und Dänemark lässt allerdings Nachholbedarf erkennen. Denn: Deren Leistungen liegen um 30 bis 50 % über den deutschen Werten. Neben der Optimierung von Strukturen und Abläufen sieht EY-Parthenon deutliche Steigerungspotenziale in modularen Bautechniken und der Digitalisierung. Die Vorfertigung in der Produktionshalle, die die Arbeit an der Baustelle auf die Endmontage reduziert, soll – je nach Gewerk und Bauteil – eine Zeit-

einsparung von 30 bis 50 % ermöglichen. Daraus ergäbe sich für ein gängiges Bauprojekt ein Zeitgewinn von 2 bis 5 Monaten. Zusätzlich soll die Modularisierung eine Kostensenkung um bis zu 10 % generieren. Weitere erhebliche Produktivitätssteigerungen können durch eine konsequente Digitalisierung unter Einbeziehung aller Gewerke erreicht werden. Das würde am Hochbau zu deutlichen Kostensenkungen durch höhere Effizienz, zusätzliche Prozesssicherheit und Verkürzungen der Bauzeit führen.

34 Liter Wasser für die Toilettenspülung

Der durchschnittliche Wasserverbrauch pro Kopf und Tag, der hierzulande in den letzten Jahren relativ stabil bei etwa 123 Litern lag, ist 2018 auf 127 Liter gestiegen. Ursächlich dafür dürfte die außergewöhnlich trockene Witterung gewesen sein. Am Rande: Im Jahr 1990 wurde noch ein Wasserverbrauch von 147 Litern gemessen. Aktuell fällt mit 46 Litern (=36 %) der größte Anteil auf die tägliche Körperpflege inklusive Duschen und Baden. 34 Liter (=27 %) werden für die Toilettenspülung genutzt. Es folgen Wäsche, Geschirrspülen, Raumreinigung, Auto- und Gartenpflege sowie Kochen und Trinken. Die Wasserversorger halten bekanntlich einen gewissen Mindestdurchfluss für notwendig, um die sichere Funktion der Rohrleitungen zu erhalten. Die Haushalte wurden in den 90iger Jahren verunsichert durch die Ankündigung der Wasserwerke, dass durchschlagende Verbrauchsreduzierungen zu deutlichen Preissteigerungen führen würden. Die seinerzeit von Sanitärherstellern forcierte Senkung des Wasserverbrauchs durch innovative Toilettenspülssysteme ist dadurch weitgehend ausgebremst worden.

Politische Defizite: Energiewende, Zuwanderung und Wirtschaftspolitik

Kritisch hat sich Wolfgang Reitzle zu den wichtigsten politischen Grundsatzentscheidungen der letzten Jahre geäußert. Zur „gescheiterten Energiewende“ merkt der Top-Manager an: „Hier wurde unter dem Eindruck eines durch einen Tsunami bewirkten Reaktorschadens in dem 9000 km entfernten Kernkraftwerk Fukushima mal kurz eine epochale Entscheidung getroffen – und zwar ohne jede saubere Analyse und Abwägung des Gesamtzusammenhangs. Heute importieren wir tageweise Strom von unseren Nachbarn, und um uns herum stehen Atomkraftwerke mit geringerer Sicherheit als die der abgeschalteten deutschen. Für die Sicherheitslage der Bevölkerung hat der nationale Alleingang praktisch nichts gebracht.“ Zum Kontrollverlust bei der Zuwanderung stellt Reitzle fest: „Auch in der Migrationspolitik gab es bekanntlich eine fundamentale Fehlentscheidung. Die Kanzlerin hat 2015 erklärt, dass man eine nationale Grenze nicht mehr schützen könne. Der damit einhergehende unkontrollierte Zuzug von Flüchtlingen hat Konsequenzen, die auf lange Sicht noch wesentlich gravierender sein werden als die der Energiewende, denn die Folgen der Migration sind nicht mehr korrigierbar.“ Und zur deutschen Wirtschaftspolitik führt der frühere Linde-Chef aus: „In Deutschland ist man dabei, zu vergessen, woher der Wohlstand kommt und wer ihn erarbeitet. Das ist nun einmal vor allem der Mittelstand. Doch diese Zigtausende von Privatunternehmen werden übermäßig besteuert, mit immer mehr Bürokratie belastet und von der Erbschaftsteuer bedroht. Ihre Leistung für die Gesellschaft genießt nicht mehr die Wertschätzung, die sie verdient.“